78. Jahrgang. Nr. 135 Sonntag, 20. März 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 341
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Ziffernaufschlag u. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Der Frieden in China gesichert

Japan mildert seine Bedingungen

Schanghai, 19. März. Die chinesisch-japanische Vermittlungskonferenz ist endgültig auf den Sonnabend festgelegt worden. Der japanische Gesandte ist von seiner Regierung angewiesen worden, die Waffenstillstandsbedingungen auf die drei vom Völkerbundsausschuß am Donnerstag angenommenen Punkte zu beschränken, wonach die Chinesen bis zur endgültigen Regelung in ihrer jetzigen Stellung bleiben, die Japaner sich auf bestimmte Punkte zurückziehen und ein gemischter Ausschuß mit neutralen Mitgliedern die Zurückziehung überwachen soll. Die japanische Regierung betont, daß die Annahme der drei Punkte des Völkerbundes das Stattfinden einer internationalen Vermittlungskonferenz zur Voraussetzung habe, auf welcher die Fragen des Boykotts und der Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen vor der Frage der Zurückziehung der japanischen Truppen erörtert werden sollen. In diesem Fall werde Japan sich bereit erklären, seine Truppen in die Niederlassung und die angrenzenden Oertlichkeiten zurückzuziehen.

Bildung einer Nationalregierung in Japan?

Tokio, 19. März. Japan steht vor einer neuen ernsten Kabinettskrise. Allgemein wird mit Sicherheit der Sturz des Kabinetts Inukai bei Schluß der Parlamentssitzungsperiode zu Ende der nächsten Woche erwartet. In diesem Zusammenhang wird den Verhandlungen des Staatsratsmitgliedes Prinz Saionji mit führenden Persönlichkeiten besondere Beachtung geschenkt, die die Bildung einer Nationalregierung bezwecken. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, ob diese Verhandlungen erfolgreich verlaufen sind. — Das Inukai-Kabinett wird nicht für fähig gehalten, mit den gegenwärtigen großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten fertig zu werden. Die wirtschaftliche Krise ist durch die Gewährung großer Summen für die militärischen Operationen noch verschärft worden. Dazu kommt die dauernde Ungewißheit über die Entwicklung der Verhandlungen in Schanghai, die unklare Lage in der Mandschurei und die gegenwärtige Spannung mit Sowjetrußland, die durch die russischen Truppenzusammenziehungen an der mandschurischen Grenze gekennzeichnet ist.

Reichsgarantien für die Reedereien

Zusammenlegung bei Hapag und Lloyd 10:3.

Berlin, 19. März. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett Vereinbarungen zugestimmt, die zwischen den beteiligten Ressorts und den Reedereien getroffen worden sind. Danach übernimmt das Reich eine Kreditgarantie im Betrage von 77 Millionen Mark; davon werden 7 Millionen Mark den Tramp-Reedern, der übrige Betrag wird für das Jahr 1932 den großen Reedereien zur Verfügung gestellt unter der Voraussetzung, daß die alten Kreditgeber und die Geschäftsführung der Reedereien gewisse Unterlagen schaffen, von denen die Uebernahme der tatsächlichen Garantie abhängig gemacht wird. Die alten Kreditgeber haben sich schon bereit erklärt, ihre Guthaben bis zum 28. Februar 1933 zu einem niedrigeren Zinsfuß stehen zu lassen.

Die Vorstände von Hapag und Lloyd sind übereingekommen, ihren Gesellschaften eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von 10:3 vorzuschlagen, so daß es sich bei jeder Gesellschaft auf 48 Millionen Mark beläuft. — Die Auslandsschulden fallen unter die Bestimmungen des Stillhalteabkommens.

Der preußische Großangriff

Severings große Aktion gegen die Nationalsozialisten — nach den Präsidentschaftswahlen das Ereignis der Woche — hat ein Berliner Linksblatt zu der treffenden Bemerkung veranlaßt: Unsere Nerven sind abgestumpft gegen solche Alarmparolen. Das stimmt, zwar nicht in dem Sinne, wie es gemeint ist, daß die Oeffentlichkeit an hochverräterische Umtriebe der Nazis nun schon gewöhnt sei, sondern anders herum: man ist schon allzu sehr daran gewöhnt, daß immer vor wichtigen Wahlen derartige preußische Polizeiangriffe gegen die nationale Bewegung einsetzen — wir erinnern uns dabei an die blamablen Haussuchungen bei deutschnationalen Führern im Jahre 1928 —, daß diese Unternehmungen durch große Presseaufmachung immer als Haupt- und Staatsaktionen ausposaunt werden und daß in der Regel nichts davon übrig bleibt, als der unangenehme Nachgeschmack parteipolitischer Wahlmache. Mit dieser Kennzeichnung soll kein endgültiges Urteil über die jetzt von preußischer Seite gegen die Nationalsozialisten erhobenen Beschuldigungen gefällt werden. Ein solches ist erst möglich, wenn das Ergebnis der vom Reichsinnenministerium eingeleiteten Untersuchung vorliegt. Bis dahin ist die öffentliche Verteidigung Sache der angegriffenen Nationalsozialisten, und diese zeigen sich nicht verlegen in der Abwehr.

Was aber darüber hinaus die ganze Oeffentlichkeit, auch außerhalb Preußens, angeht und was schon im jetzigen Stadium der Angelegenheit die öffentliche Kritik herausfordert, das ist die aufreizende Art und Weise, mit der von den preußischen Behörden immer wieder unnötige Beunruhigung in das politische Leben Deutschlands hineingetragen wird in einer Zeit, die von politischer Nervosität schon fiebert und viel mehr der amtlichen Beruhigung als weiterer Aufwiegelung bedarf. Unter gewöhnlichen Umständen ist es die Taktik der Regierungen, wenn sie irgendwelchen staatsfeindlichen Umtrieben auf der Spur sind, ihr Wissen so lange geheimzuhalten, bis ein handfestes Ergebnis vorliegt, damit die Durchführung der Untersuchung nicht gefährdet wird. In Preußen macht man es gerade umgekehrt. Dort besteht die Uebung, mit einem Riesenaufgebot von Polizeikräften über die Nationalsozialisten, nie über das Reichsbanner oder die Kommunisten, herzufallen und schon einige Stunden später knallige Berichte über das Ergebnis des Handstreiches zu veröffentlichen. Bei diesem ersten Schreckenseindruck bleibt es; denn wenn dann in der weiteren Verfolgung nichts herauskommt, nicht einmal ein gerichtliches Nachspiel — man hat zum Beispiel noch von keiner Klageerhebung wegen der Boxheimer Dokumente gehört —, dann hat wenigstens das erste Alarmsignal gewirkt, und irgend etwas bleibt immer hängen.

Der preußische Ministerpräsident Braun hat in seiner gleichzeitig gehaltenen Landtagsrede immer auf die staatspolitischen Motive seines Handelns hingewiesen. Das Vorgehen seines Kollegen Severing ist aber ein staatspolitisch nicht zu verantwortendes und im übrigen auch untaugliches Mittel der Regierung, um einen Parteigegner unschädlich zu machen. Das kommt, unabhängig von dem Urteil über die einzelnen Feststellungen der preußischen Polizei über angebliche Ungesetzlichkeiten in der Handlungsweise der Nationalsozialisten, auch in der Stellungnahme des Reichsinnenministers zum Ausdruck. Natürlich kann Herr Groener aus begreiflichen politischen Gründen dem preußischen Innenminister nicht entgegentreten. Aber in der Art seiner Erklärung liegt doch zwischen den Worten ein deutliches Abrücken. Wenn er die nationalsozialistische Behauptung bestätigt, daß die Zusammenziehung und Kasernierung der SA.-Formationen am Wahltag gemeldet und von ihm gebilligt war, so stürzt mit dieser Feststellung Severings Hauptvorwurf in sich zusammen. Wenn er weiter vor Schlußfolgerungen warnt, bis die Prüfung des beschlagnahmten Materials abgeschlossen ist, so liegt auch darin eine vorsichtige Verwahrung gegen die Voreiligkeit der preußischen Pressepolitik.

Noch andere Indizien geben in diesem Zusammenhang zu denken. Es war allgemein aufgefallen, daß sofort nach der Präsidentenwahl, und zwar zuerst vom Zentrumsführer Kaas, die Forderung zum „Gegenstoß" und zum „Zupacken" an die Regierung gerichtet worden war. In völliger Verkennung des Wahlergebnisses, das ein Bekenntnis zu Hindenburg, nicht aber zu dem System Brüning-Braun-Severing war, glaubten die treibenden Kräfte der Linken, diesen vermeintlichen Sieg ausnützen zu müssen, um mit einem Schlage ihrem gefährlichsten Gegner bei der Preußenwahl, dem Nationalsozialismus, einen vernichtenden Schlag zu versetzen. In ihrem bekannten parteipolitischen Uebereifer hat sich die Preußenregierung sofort zu entsprechenden Handlungen hinreißen lassen. Es ist aber bemerkenswert, daß die Ernüchterung sofort mit einer genaueren und deshalb vernünftigeren Beurteilung des Wahlergebnisses vom 13. März einsetzte. Nicht einmal die systemtreue Presse hat

Zugkatastrophe bei Neapel – Sechs Tote

Berlin, 19. März (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Neapel hat sich dort ein schreckliches Eisenbahnunglück abgespielt. Zwei Züge rasten mit voller Geschwindigkeit aufeinander und verbrannten. Das Unglück erforderte sechs Todesopfer, 27 Personen wurden verletzt, darunter allerdings vier derartig schwerverletzt, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß.

Das Unglück hat in Italien großes Aufsehen erregt. Zur Untersuchung der Frage, wie ein solches Unglück passieren konnte, hat sich der Vizedirektor der italienischen Eisenbahnen persönlich an die Unglücksstelle begeben. Es ist bisher festgestellt, daß sich das Unglück auf der spärlich befahrenen und von Fremden weniger benutzten östlichen Linie, die vom Zentralbahnhof aus nach der Via Gianturco führt, ereignete. Von hier aus sollte der verunglückte Arbeiterzug mit einer Dampflokomotive nach Castellamare am Fuße des Vesuvs weitergeleitet werden. Als Ursache scheint

Fahrlässigkeit des Maschinenpersonals

vorzuliegen, weil der vom Hauptbahnhof kommende Zug eine Minute zu früh fuhr und nicht vorschriftsmäßig an der Ausweichstelle hielt. Der Maschinenführer fuhr vielmehr in der offensichtlichen Hoffnung weiter, noch vor Abfahrt des Zuges aus der Gegenrichtung die nächste Station zu erreichen. Statt dessen standen sich die beiden Züge in einer Kurve plötzlich in voller Fahrt gegenüber. Der Zusammenstoß war so unvermeidlich. Einer der schwerverletzten Maschinenführer erklärte, er habe im letzten Augenblick alle Bremsen gezogen, aber vergeblich.

Das Unglück spielte sich in einem Tunnel ab.

Er selbst, erklärte der Maschinenführer, wurde bei dem Zusammenstoß gegen die Tunnelwand geschleudert und kam erst im Krankenhaus wieder zum Bewußtsein. Sowohl der Motor- wie die Anhängewagen wurden ineinandergeschoben. Nur der Geistesgegenwart eines Stationstelephonisten ist es zu danken, daß nicht weitere Opfer dadurch entstanden, daß die im Tunnel aus den brennenden Trümmern fliehenden Passagiere mit dem Starkstrom in Berührung kamen. Als dieser Telephonist durch die Stationssignale von der Katastrophe Kenntnis erhielt, stellte er sofort den Strom ab. Dadurch entstand aber auf der Unglücksstelle völlige Dunkelheit, was die Panik bei den Ueberlebenden erhöhte. Es dauerte einige Zeit, bis mit Fackeln und Laternen die ersten Bergungsmannschaften die Tunnelmitte erreichten. Aus den bis zur Tunneldecke ragenden Trümmern klangen verzweifelte Hilferufe der Verunglückten. Erst die Feuerwehr konnte die Unglücklichen bergen. Der italienische Thronfolger hat sich noch in der Nacht nach der Unglücksstelle begeben und den Bergungsarbeiten beigewohnt.

Man wollte ihn vor die Haifische werfen

Berlin, 19. März. (Eig. Drahtm.) Die Londoner Blätter geben Meldungen aus Sydney wieder, wonach von der sogenannten „New Guard" geplant gewesen sei, den Premierminister von Neusüdwales, Lang, am Sonnabend bei der feierlichen Eröffnung der neuen Riesenbrücke über den Hafen von Sydney ins Wasser zu werfen. Die „New Guard" ist eine antikommunistische Bewegung, die in ihrem Aufbau stark dem Ku-Klux-Klan ähnelt. Die Geschichte wird dadurch noch romantischer, daß der Plan, den Premierminister den zahlreichen Haifischen im Hafen von Sydney vorzuwerfen, in den Räumen des englischen Parlaments aufgedeckt worden sein soll. Seitens der „New Guard" wird offiziell erklärt, daß man an keinerlei „Aktionen" anläßlich der Brückeneröffnung in Sydney gedacht hätte.

Als jedoch am Sonnabendvormittag die neue Hafenbrücke eröffnet wurde, ereignete sich ein aufsehenerregender Zwischenfall. Ein Mitglied der Geheimbewegung „Neue Garde" ritt plötzlich in scharfem Galopp vor und durchschnitt mit einem Säbel das Seil, das über die Brücke gespannt war und rief: „Ich erkläre die Brücke für eröffnet!" Es wurde verhaftet. Nach der Eröffnung, an der auch der englische Generalgouverneur teilnahm, bewegte sich ein Festzug über die Brücke, während 13 Personendampfer zahlreicher Nationen unter der Brücke hindurchfuhren.

Deutscher Reklametag Berlin 1932

Berlin, 19. März. (Eig. Meld.) Der erste Deutsche Reklametag Berlin 1932, der von der Bezirksgruppe Berlin des Deutschen Reklameverbandes mit Unterstützung der maßgeblichen Spitzenorganisationen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und Werbewesens veranstaltet wird, nahm heute vormittag unter außerordentlich starker Beteiligung seinen Anfang mit einer Sitzung im Hotel Kaiserhof.

Drei Monate Gefängnis für Katzenellenbogen

Berlin, 19. März. Die 8. Strafkammer des Landgerichts I verurteilte den Angeklagten Katzenellenbogen wegen Bilanzverschleierung zu drei Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und den Angeklagten Penzlin zu 10 000 Mark Geldstrafe. Von der Anklage der Untreue wurde Katzenellenbogen freigesprochen. Das Verfahren gegen Katzenellenbogen und Penzlin wegen Prospektbetrugs wurde eingestellt. Die Angeklagten Sobernheim, Kuhlmey und Funke wurden freigesprochen. Die Gefängnisstrafe gegen Katzenellenbogen wird als durch die erlittene Untersuchungshaft verbüßt betrachtet.